

Gudrun Quenzel

Politik – nein danke?

Ausgewählte Ergebnisse der 15. Shell Jugendstudie

Seit über 50 Jahren erscheinen die Shell Jugendstudien in Deutschland: quantitativ abgesicherte Explorationen über das, was Jugendliche leben, meinen, sich wünschen. Einige Ergebnisse aus der aktuellen Jugendstudie 2006 sind in diesem Artikel speziell zum Thema Jugend und Politik zusammengefasst.

Die erste Shell Jugendstudie erschien 1953 in Deutschland. Im Mittelpunkt standen damals Fragen zur demokratischen Überzeugung bzw. zur autoritären Einstellung der Nachkriegsjugend. Seitdem finanziert die Deutsche Shell kontinuierlich, aber in unregelmäßigen Abständen, repräsentative Studien über die Lebenswelten, Perspektiven und Einstellungen Jugendlicher in Deutschland. Obwohl bei allen Studien ein großes Interesse darin bestand, Kontinuität zu den anderen Studien herzustellen, um auf diese Weise Wandel überhaupt feststellen und dokumentieren zu können, änderte sich der Fragebogen über die Jahrzehnte genauso wie das Antwortverhalten der Jugendlichen. Schaut man sich alte Studien einmal genauer an, dann geben sowohl das Thema der Fragestellung als auch das Antwortverhalten interessanten Aufschluss über die dringenden Probleme und diskutierten Entwicklungen des jeweiligen Jahrzehnts. Im Herbst 2006 ist nun die 15. Shell

Jugendstudie erschienen. Sie erhob Daten über die Lebenswelten, Werte und Einstellungen Jugendlicher in Deutschland. Ein besonderes Augenmerk wurde auch dieses Mal auf das Verhältnis der Jugendlichen zu Politik und Demokratie gelegt.

Methodik

Jugendliche gelten in vieler Hinsicht als »Seismographen« für Veränderungen in der politischen Kultur. Neuen Gedanken und Ideen stehen sie in der Regel aufgeschlossener gegenüber als ältere Menschen, zudem verfügen sie häufig über eine größere Begeisterungsfähigkeit. Die erhobenen Daten sollen die Einstellungen und Lebenswelten aller in Deutschland lebenden Jugendlichen repräsentieren. Deswegen wurde eine Stichprobe gezogen, die insgesamt 2.532 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 25 Jahren umfasst. Dabei wurde darauf geachtet, dass alle Altersgruppen, Bundesländer, Geschlechter und Statusgruppen (wie SchülerInnen aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, Auszubildende, Erwerbstätige, Studierende und Arbeitslose) entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung vertreten sind. Bei dieser Vorgehensweise kommt es vor, dass einige Gruppen zahlenmäßig zu klein sind, als dass ihre Aussagen nach statistischen Kriterien als repräsentativ gelten können. Von dieser Gruppe wurden dann

überproportional viele befragt und ihre Aussagen wurden rechnerisch wieder ins reale Verhältnis zu den anderen Gruppen gesetzt. Auch bei den InterviewerInnen wurde darauf geachtet, dass sie alle Schichten, Altersgruppen und Geschlechter vertreten, um einen möglichen Einfluss auf die Befragten wieder auszugleichen. Der Fragebogen umfasste 97 Fragen, ein Interview dauerte etwa 50 Minuten. Zusätzlich wurden Einzelfallstudien von 25 Jugendlichen angefertigt, von denen 20 in Porträts vorgestellt werden. Gefragt wurde hier insbesondere nach dem Verhältnis junger Menschen zur älteren Generation.

Ausgewählte Ergebnisse

Das politische Interesse von Jugendlichen bleibt weiter auf niedrigem Niveau. Nur 35 % bezeichnen sich selbst als politisch interessiert, 64 % interessieren sich dagegen wenig oder gar nicht für Politik.

Weiter geringes Interesse an Politik – Mädchen holen leicht auf

Gegenüber 2002 ist das Interesse jedoch leicht gestiegen – vielleicht kündigt sich hier eine Trendwende an, und Politik wird auch bei Jugendlichen wieder »in«. Interessant ist dabei, dass das gestiegene Interesse an Politik auf die weiblichen Jugendli-

chen zurückzuführen ist. Obwohl sich immer noch weniger junge Frauen als junge Männer für Politik interessieren – und sie sich auch weniger Kompetenz in politischen Fragen zuschreiben – holen auch in diesem Bereich die Mädchen deutlich auf. Vielleicht ist dies auf die vermehrte Präsenz von weiblichen Spitzenpolitikerinnen zurückzuführen, durch die Politik nicht mehr als reine »Männerdomäne« erscheint.

Interesse an Politiksendungen

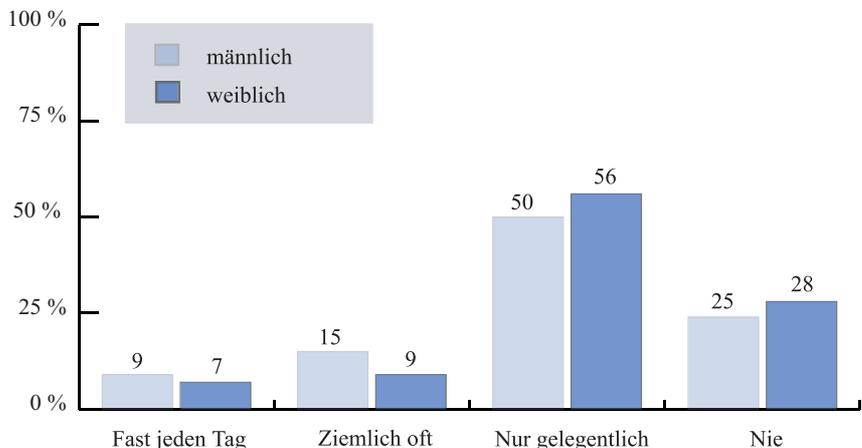
Noch weniger als von der Politik selbst scheinen sich die meisten Jugendlichen von Politiksendungen angesprochen zu fühlen. Etwa ein Viertel aller Jugendlichen schaut solche Sendungen »nie« an, über die Hälfte »nur gelegentlich«. Nur 12 % schauen »ziemlich oft« und 8 % »fast jeden Tag« im Fernsehen Sendungen an, die etwas mit Politik zu tun haben. Hier sind die jungen Männer wieder mehr interessiert. Offensichtlich erreichen diese Sendungen die Zielgruppe der jungen Frauen nur sehr sporadisch (vgl. Grafiken 1 und 2).

So gering aber auf der einen Seite das Interesse an Politik sein mag, so fordern die Jugendlichen auf der anderen Seite beinahe einstimmig, dass in der Politik mehr junge Leute etwas zu sagen haben sollen. Auch die Zu-

Grafik 1: **Interesse an Politiksendungen nach Geschlecht**

Frage: Unabhängig davon, ob Sie sich für Politik interessieren: Wie oft schauen Sie sich im Fernsehen Sendungen an, die etwas mit Politik zu tun haben?

Basis: Personen im Alter von 12 bis einschließlich 25 Jahren



stimmung zu den Aussagen, dass jeder Bürger das Recht hat, für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen, und jeder das Recht haben soll, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist, ist sehr hoch.

Zustimmung zur Demokratie

80 % halten die Demokratie allgemein für eine gute, 10 % halten sie für eine nicht so gute Staatsform. Die ostdeutschen Jugendlichen stehen dabei der Demokratie als Staatsform etwas skeptischer gegenüber. Während sie im Westen 82 % für eine gute Staatsform halten, sind es im Osten der Republik nur noch 73 %. Von den

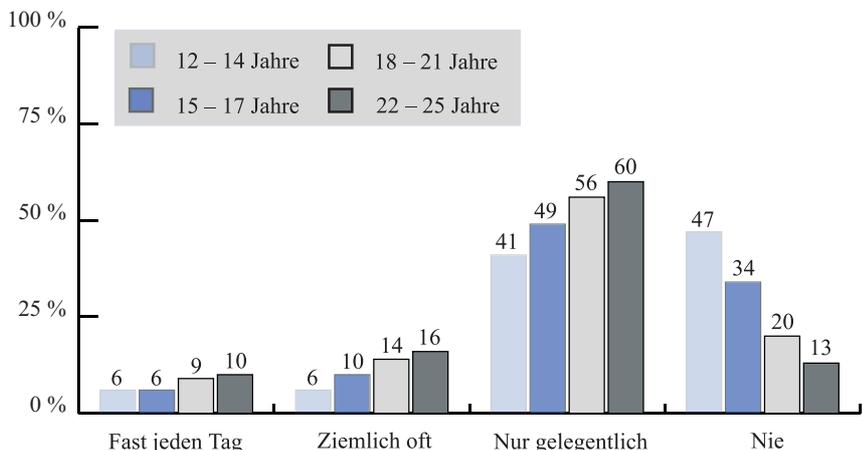
ostdeutschen Jugendlichen, die die Demokratie allgemein für keine so gute Staatsform halten, wünscht sich ein Viertel ein sozialistisches System, ähnlich wie in der DDR, und 14 %, dass ein »starker Mann« oder eine Partei allein regiert. Obwohl die Demokratieskepsis unter den ostdeutschen Jugendlichen damit weiter verbreitet ist, tendieren die demokratiekritischen Jugendlichen in Westdeutschland eher nach »rechts« – hier sind es 18 % derjenigen, die die Demokratie für eine nicht so gute Staatsform halten, die lieber einen »starken Mann« an der Regierung sehen würden. Ein sozialistisches System, ähnlich wie in der DDR, findet dagegen bei den westdeutschen Jugendlichen deutlich weniger Anklang. Insgesamt ist die Zahl derjenigen, die Demokratie allgemein für eine gute Staatsform halten, im Vergleich zu 2002 leicht gestiegen, und zwar von 77 % auf 80 %. Vor allem ist die Zustimmung bei den ostdeutschen Jugendlichen diesmal deutlich höher als 2002.

Hohe Zustimmung zur Demokratie

Das grundsätzlich hohe Ansehen der Demokratie als Staatsform hindert die Jugendlichen jedoch nicht an deutlicher Kritik am demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Grafik 2: **Interesse an Politiksendungen nach Alter**

Frage: Unabhängig davon, ob Sie sich für Politik interessieren: Wie oft schauen Sie sich im Fernsehen Sendungen an, die etwas mit Politik zu tun haben?



Denn fragt man die Jugendlichen konkret danach, wie zufrieden sie mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind, dann fällt die Zustimmung deutlich verhaltener als zur Demokratie als Staatsform aus. Im Vergleich zur Shell Jugendstudie 2002 hat sich der Anteil der unzufriedenen Jugendlichen um 5 % erhöht. Insgesamt geben 38 % der Jugendlichen an, dass sie unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind.

Zwar ist die Mehrheit der Jugendlichen durchaus mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, dennoch stimmt der hohe Anteil der Unzufriedenen nachdenklich – in den neuen Bundesländern sind dies sogar mehr als die Hälfte. Unzufrieden sind dabei vor allem Jugendliche, die arbeitslos sind, die mit ihrer schulischen oder beruflichen Lage unzufrieden sind und die häufige bis ständige Meinungsverschiedenheiten mit den Eltern haben. Berufliche und soziale Probleme stehen demzufolge in einem engen Zusammenhang mit einer positiven bzw. negativen Sicht auf das Funktionieren des politischen Systems in Deutschland. Erfreulich ist dagegen, dass die Jugendlichen mit nicht deutscher Nationalität mit einer deutlichen Mehrheit von 76 % mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind.

Wo wird Handlungsbedarf gesehen?

Mehr gesellschaftspolitische Aktivität wünscht sich die Mehrheit der Jugendlichen besonders im Bereich Arbeitsmarkt, an zweiter Stelle stehen Familie und Kinder, an dritter die Bildung. Beim Umweltschutz und der inneren Sicherheit sehen die Jugendlichen insgesamt, v. a. aber die ostdeutschen Jugendlichen, keinen



dringenden Handlungsbedarf. Für die Jugendlichen in Ostdeutschland ist außerdem ein verstärktes Engagement im Bereich Arbeitsmarkt und für Familie und Kinder etwas wichtiger als für die westdeutschen Jugendlichen.

Arbeitsmarkt, Familie und Bildung als dringliche politische Handlungsfelder

Außerdem wird deutlich, dass sich die Erwartungen von jungen Frauen und Männern an die Politik unterscheiden. Zwar steht bei beiden Geschlechtern der Wunsch nach einem stärkeren Engagement auf dem Arbeitsmarkt an erster Stelle, für die jungen Frauen ist jedoch der Bereich Familie und Kinder signifikant wichtiger als für ihre männlichen Altersgenossen. Die jungen Frauen sehen offenbar in diesem Bereich großen Handlungsbedarf. Mädchen und junge Frauen haben heute größeren schulischen Erfolg und streben die höheren Schul- und Hochschulabschlüsse an. Dieser ehrgeizigen Generation ist daher die Vereinbarkeit von Karriere und Kindererziehung ein großes Anliegen. Junge Männer sehen dagegen dringenderen Handlungsbedarf im Bereich Bildung, Wissenschaft

und Forschung. Soziale Absicherung, Altersversorgung und Renten sind dagegen für beide Geschlechter wichtige Bereiche.

Engagement der Jugendlichen

Ogleich sowohl das politische Interesse als auch das politische Engagement gering sind, gehen die Jugendlichen vielfältigen sozialen Aktivitäten nach. Drei Viertel der Jugendlichen engagieren sich in ihrer Freizeit oft

oder gelegentlich für soziale oder gesellschaftliche Zwecke. Von einer passiven »Null-Bock-Generation« kann also keine Rede sein. Jugendliche engagieren sich in einer Vielzahl von Bereichen: für die Angelegenheiten und Interessen von Jugendlichen, für hilfsbedürftige ältere oder sozial schwache Menschen, für Umwelt- und Tierschutz, in Rettungsdiensten, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in Kirchengemeinden.

Sich in einer Gruppe wohlfühlen, Leute treffen, Kontakte knüpfen

Das Interesse daran, sich in einer Partei oder Gewerkschaft zu engagieren, ist allerdings wenig ausgeprägt. Da jedoch in einer Demokratie nicht nur das gesellschaftliche und soziale Engagement bedeutend, sondern auch die unmittelbare Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an politischen Prozessen im engeren Sinne wichtig ist, haben wir auch die Einstellungen zum politischen Engagement erhoben. Erstaunlicherweise wird die Aussage »Wenn ich von einem Thema betroffen bin, werde ich politisch aktiv« mehrheitlich abgelehnt. Auch wird politische Betätigung von vielen als langweilig beurteilt, auf der anderen Seite wird jedoch durchaus

anerkannt, dass man über politisches Engagement Einfluss nehmen und Dinge verändern kann. Wichtigste Voraussetzung für eine politische Betätigung ist allerdings für die große Mehrheit der Jugendlichen, dass sie sich persönlich zugehörig fühlen. Sich in einer Gruppe wohlfühlen, Leute zu treffen und Kontakte zu knüpfen, ist für viele Jugendlichen wichtiger, als Macht und Einfluss zu haben oder die eigenen Interessen durchzusetzen.

Toleranz gegenüber Randgruppen

Nachdenklich stimmt die gesunkene Toleranz gegenüber gesellschaftlichen (Rand-)Gruppen. Zwar äußern immerhin 41 % der Jugendlichen keinerlei Vorbehalte gegenüber gesellschaftlich stigmatisierten Gruppen, in der letzten Befragung 2002 waren dies jedoch noch eine deutliche Mehrheit von 61 %. An erster Stelle stehen hier die Vorbehalte gegenüber Aussiedlerfamilien aus Russland. Fast ein Drittel (30 %) fände es nicht so gut, wenn eine Aussiedlerfamilie nebenan einziehen würde, das sind immerhin 5 % mehr als noch 2002. Dagegen sind die Vorbehalte gegenüber Familien aus Afrika etwas gesunken – hier sind es noch 10 % der Jugendlichen, die diese äußern. Vorbehalte gegenüber einer potenziellen deutschen Nachbarnfamilie, die von Sozialhilfe lebt, bringen im Vergleich dazu 15 % der Jugendlichen zur Sprache.

Gesunkene Toleranz gegenüber Randgruppen

Obwohl der Grad der Toleranz gegenüber den verschiedenen stigmatisierten Gruppen bei den ost- und westdeutschen Jugendlichen relativ ähnlich strukturiert ist, sind es die westdeutschen Jugendlichen, die größere Vorbehalte gegenüber einer Familie mit Sozialhilfe äußern, und die Ostdeutschen, die sich gegen Familien aus Afrika als Nachbarn aussprechen. Signifikant ist auch der Zusammen-

hang zwischen Toleranz und politischer Einstellung sowie dem Bildungsgrad. Jugendliche, die sich selbst als »links« oder »eher links« einstufen, äußern deutlich weniger Vorbehalte, das Gleiche trifft auf GymnasiastInnen und Studierende zu.

Die höchsten Vorbehalte hatten Jugendliche, die sich selbst als »rechts« charakterisieren – nicht jedoch die Arbeitslosen, die sich dagegen durch eine leicht überdurchschnittliche Toleranz auszeichnen. Die mehrheitliche Unzufriedenheit mit dem demokratischen System in Deutschland, wie sie von den arbeitslosen Jugendlichen artikuliert wird, geht demzufolge nicht mit einer erhöhten Intoleranz gegenüber gesellschaftlicher (Rand-)Gruppen einher.

Fazit Jugend 2006

In der vorigen Shell Jugendstudie wurde der Begriff der pragmatischen Generation geprägt, um eine Wertorientierung zu beschreiben, die sowohl »moderne Selbstentfaltungswerte« wie Kreativität und Lebensgenuss als auch »traditionelle Werte« wie Fleiß und Ehrgeiz vereinbart. Leistung und Kreativität sind in diesem neuen Wertcocktail keine Widersprüche mehr und können in einem »guten Job« durchaus verbunden werden. Aber auch der soziale Nahbereich – Familie, Freunde und Partnerschaft – ist den Jugendlichen außerordentlich wichtig.

Zwischen Familiensinn, Leistungsbereitschaft und Zukunftängsten

Jugendliche sind heute stärker darum besorgt, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder keine Arbeit finden könnten – eine Sorge, die auch in dem gesunkenen Zukunftsoptimismus ihren Ausdruck findet. In dieser von Lehrstellenmangel und hoher Jugend-

arbeitslosigkeit geprägten Situation wächst bei vielen Jugendlichen die Kritik an der Demokratie, wie sie in Deutschland gegenwärtig funktioniert, und der Wunsch nach mehr jugendbezogenen politischen Maßnahmen.

Die Mehrheit der Jugendlichen ist engagiert, leistungsbereit und hat Spaß daran, etwas zu lernen; sie möchten Freunde, eine Familie und eine adäquate Beschäftigung. Kurz: Sie wollen einen Platz in der Mitte dieser Gesellschaft und etwas für die Gesellschaft beitragen. Werden diese – eigentlich moderaten – Erwartungen nicht erfüllt, hat dies für die Jugendlichen ein starkes Frustrationspotenzial und diese Frustration wird manchmal auch mit Aggressivität und Gewaltbereitschaft ausagiert. Von kollektiver Resignation und einem Ausstieg in Ersatzwelten ist jedoch wenig zu spüren. Vielmehr versuchen die Jugendlichen weiterhin mit viel Pragmatismus und Engagement, sich ihre persönlichen und beruflichen Ziele und Wünsche zu erfüllen. Politisches Engagement wird jedoch von der Mehrheit offensichtlich nicht als zielführend erachtet. ■

LITERATUR

Hurrelmann, Klaus; Albert, Mathias (Hrsg.): *Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck*. 15. Shell Jugendstudie. Frankfurt a. M.: Fischer tb 2006.

DIE AUTORIN



Gudrun Quenzel, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen. Sie war als Mitautorin an der 15. Shell Jugendstudie beteiligt.